

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Alle Postbestellungen, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Bezugspreise, die durch die Wertschwankungen der Zeitung oder Änderung des Bezugspreises entstehen, wird der Abonnent hiervon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagenpreis: die 8seitige Raumzeitung 20 Pf., die 4seitige Zeitung der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 234 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Mittwoch, den 5. Oktober 1932

Am Beobachtungsstand.

Nicht bloß die berühmten Auguren, in diesem Falle also die Herren Diplomaten selbst, sondern auch wir mehr oder minder gewöhnlichen Zeitgenossen werden uns des Lachens oder Lächelns nicht haben erwehren können, als in der Völkervereinigung Herriot pathetisch erklärte, daß dieser Bund die — Geheimdiplomatie abgeschafft habe. „Daß du die Nase ins Gesicht behältst!“ dürfte Onkel Wäschi im Falle einer derartigen Behauptung gesagt haben. Das ist nicht einmal äußerlich richtig, denn es gibt kein Parlament der Welt, wo der Außenminister vor aller Öffentlichkeit und ohne Rückhalt sein gesamtes Wissen und Wollen anstrahlt. Er denkt nicht daran, und niemand verübelt ihm das. Wenn er ein bißchen mehr aus sich herausgehen und indiskrete Fragen neugieriger Vorkämpfer wirklich beantworten will, dann hat er ja überall einen besonderen parlamentarischen Ausschuss. Dort aber werden die Türen fest verschlossen, und die Zuhörer bindet ein eisernes Schweigegebot gegenüber der Öffentlichkeit. Und würde wirklich trotzdem jemand den Mund aufstun, riskiert er ein Verfahren wegen Landesverrats. Doch muß man sagen, daß eine solche Indiskretion wohl noch nie erfolgt ist, auch wenn die Gegensätze zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition so schärf wie nur denkbar sind. Im Deutschen Reichstag bleibt der „Auswärtige Ausschuss“ übrigens auch dann bestehen, wenn — wie das jetzt der Fall ist — der Reichstag aufgelöst wurde. Denn ein bißchen unterrichtet werden über das, was in der auswärtigen Politik hinter den Kulissen vorgeht, muß die Vorkämpfer wohl wünschen — wenn sie freilich an dem Gang der Außenpolitik noch weniger ändern kann als sonst. Auch anderswo läßt sich die Diplomatie höchst ungern dreinreden. Abgesehen davon, daß sie nicht ganz mit Unrecht wohl mißunter dabei schon recht viel Vorzellan zerklüftet ist; jedoch — die Diplomaten sind auch wieder nicht unfehlbar! Nur haben sie meist eine für Kritik recht empfindliche Haut. Und daher war auch der deutsche Außenminister nicht gerade vor Freude außer sich, als ihm der Vorkämpfer des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages mitteilte, er wolle den Ausschuss für den nächsten Dienstag einberufen; ob der Herr Minister usw. Und der Herr Minister antwortete recht zurückhaltend, daß er den Augen eines „Gedankenaustausches“ zwischen Regierung und Ausschuss „nicht in Abrede stellen wolle“. Erscheinen aber würde er nur nach Vereinigung des bekannten innenpolitischen Konflikts der Regierung mit dem Reichstag.

It's also nicht gerade viel, so ist's doch etwas! An Material für einen solchen Gedankenaustausch fehlt es wirklich nicht; denn mehr als genug geschehen ist außenpolitisch in den fünf Monaten, die die Regierung Papen das Steuer der Politik in Händen hat. Und nicht minder viel geschieht zur Zeit. Da ist z. B. die Abberufung des seit mehr als sieben Jahren in Berlin als österreichischer Gesandter residierenden Dr. Frankl. Er hatte vorher ganz vorn im Kampf für den österreichisch-deutschen Zusammenschluß gestanden und war es geblieben, als er zwecks Förderung des Anschlußgedankens nach Berlin gekommen war. Durch seine Hände gingen, von seinem Parteifreund, dem Großdeutschen Dr. Schober, aus, die Anregungen zum deutsch-österreichischen Zollunions-Pakt. Darüber ist Dr. Schober gestürzt, nach Dr. Curtius, — und das Ende kennen wir alle. Deutschland selbst konnte nicht helfen, Österreich stürzte in den Abgrund furchtbarer finanzieller und wirtschaftlicher Not, so daß der jetzige Bundeskanzler Dr. Dollfuß keinen andern Ausweg mehr zu sehen glaubte als den der „böblichen Untertwerfung“ unter die Erpressungen der Franzosen. Soll der jetzige österreichische Gesandte in Berlin nun auch dieser Zwangspolitik geopfert werden? Aber das rein Persönliche hinaus könnte man im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages also wohl einen Gedankenaustausch darüber für notwendig halten, wie überhaupt der heutige „Zwangs-Luz“ der österreichischen Politik gegenüber Deutschland vor sich gehen wird.

Auch das Thema „Deutschland — Italien“ hat ja plötzlich an Aktualität ganz außerordentlich, aber nicht sehr erfreulich gewonnen. Es handelt sich dabei nur um Fragen des gegenseitigen Warenaustausches, der sich heute, wie überall, in den Geleisen der Devisenwirtschaft vollzieht. Von irrendem politischen ist also nicht die Rede und die deutsche Regierung hat auch verlaublich lassen, daß bei der weiteren Behandlung der Differenzen irgendwelche politische Erwägungen von keinem Einfluß sein dürften, so gut diese allgemeinen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien auch sind. Man hat uns ja gerade den angeblichen politischen Hintergrund des deutsch-österreichischen Zollunions-Vertrages schärfstens zum Vorwurf gemacht. Italien war dabei nicht der letzte Gegner — und andererseits sind wir auch wirtschaftlich gar nicht in der Lage, uns durch Zugeständnisse auf diesem Gebiet politische Freundschaften zu erkaufen oder politische Freundschaften auszunutzen. Die Durchführung der Kontingentierungspolitik im Rahmen der bestehenden Handelsverträge hat ja schon bei den ersten Verhandlungen ergeben, daß auf Sonderkonkretio-

Hindenburgs Dank an das deutsche Volk

„Vorwärts mit Gott!“

Hindenburgs Danksprüche an das deutsche Volk
Die Ansprache, die der Reichspräsident als Dank für die ihm entgegengebrachten Glückwünsche und erwiefsenen Aufmerksamkeit im Rundfunk hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vollendung des 85. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von groß und klein, von reich und arm haben mich tief gerührt. Ich habe diese vielen Zeichen persönlichen Gedankens zugleich als Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und Verbundenheit begriffen. Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Hindenburg-Spende, die meinen alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Fällen der Not bisher so segensreich geholfen hat, guten Widerhall gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute von ganzem Herzen allen, die meiner gedacht, die in meinem Sinne vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Gelöbnis treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes erfreut haben.“

Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Sachwalter des

gesamten Volkes über den Parteien stehend alle Deutschen hierfür zusammenzuschließen.

Ich baue dabei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und der Gefahr einzig hinter eine starke und von nationalem Willen beseelte Führung gestellt hat. Es geht nicht um die Anschauungen und Wünsche von Parteien, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft!

Dieser zu dienen, für sie Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein! Wer in dieser Erkenntnis zu mir steht und hilft, hat mir die beste Geburtstagsfreude bereitet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!“

Amlich wird mitgeteilt: „Seine Heiligkeit Papst Pius XI. hat dem Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag durch den Apostolischen Nuntius in Berlin seine besten Glück- und Segenswünsche übermittelt.“

22 000 Glückwunschsendungen an Hindenburg.

Aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg sind im Büro des Reichspräsidenten insgesamt 22 000 Sendungen der verschiedensten Art eingegangen, Briefe, Postkarten, Geschenke und Telegramme. Die Zahl der Telegramme allein beläuft sich auf 1700.

Englische Einladung zur Fünf-Mächte-Konferenz.

Fünfmächtekonferenz über die Gleichberechtigung?

Deutschland verlangt vorher Sicherungen.

Die englische Regierung beabsichtigt, bereits in diesen Tagen in Berlin, Paris, Washington und Rom in diplomatische Fühlungnahme einzutreten, um die Stellungnahme dieser Regierungen zu dem Gedanken einer Konferenz der fünf Mächte in London zu klären, die möglichst noch nächste Woche zusammentreten soll. Man will dem Zusammentritt der fünf Mächte nicht den Charakter einer offiziellen Konferenz, sondern mehr den Charakter vertraulicher Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern der fünf Mächte geben. Eine offizielle Einladung an die vier Mächte zur Teilnahme an dieser Konferenz wird daher nicht ergehen. Auf englischer Seite betont man, daß die Grundlage derartiger Besprechungen der Teil 5 der großen englischen Note in der Gleichberechtigungsfrage sein könnte.

Die grundsätzliche Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsfrage wird jetzt auf englischer Seite als unerlässlich angesehen. Man will jedoch die Verhandlungen über die praktische Regelung der Deutschland auf dem Gebiet der Abrüstung einzutretenden Stellung sofort aufnehmen. Der Widerstand der französischen Regierung gegen solche Verhandlungen in der Gleichberechtigungsfrage wird auf englischer Seite nicht als unüberwindbar angesehen. Ausdrücklich wird erklärt, daß das Ziel dieser Verhandlungen nur die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz sein könnte.

Zu dieser Meldung wird von zuständiger deutscher Seite erklärt, daß Deutschland selbstverständlich diese Anregungen mit dem größten Interesse verfolge. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Besprechungen nicht auf der Basis und in dem Ton geführt werden, der im englischen Memorandum an Deutschland zu finden ist.

Deutschland muß vorher Sicherungen dafür haben, daß man ihm auf der Konferenz nicht in diesem Ton begegnet und daß es nicht plötzlich vor einer Einheitsfront der Mächte steht. Diese Sicherung muß Deutschland auch von französischer Seite aus haben. Wenn Deutschland zu diesem Verhalten gezwungen ist, so trägt daran allein die Gegenseite die Schuld.

nen gegenüber irgendeinem Staat sofort auch die anderen Länder Anspruch erheben, soweit sie mit uns im Handelsvertragsverhältnis stehen. Aber gerade aus politischen Gründen möchte man wünschen, daß es zu einem Ausgange der Differenzen schon bis zu dem Tage gekommen ist, an dem der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammentritt.

Englisch-französische Besprechung über die Fünfmächtekonferenz.

Gleichberechtigungsfrage steht im Vordergrund.

Die zuständigen englischen Kreise beschäftigen sich jetzt, daß die englische Regierung die Einberufung einer Fünfmächtekonferenz nach London zur Erörterung der Abrüstung und der deutschen Behauptung erwägt. Der englische Vorschlag war Gegenstand der Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot in Paris. Die englische Regierung ist bisher mit den anderen Mächten außer Frankreich wegen dieses Vorschlages noch nicht amtlich in Verbindung getreten. Die deutsche Gleichberechtigungsfrage soll auf der Konferenz in allererster Linie behandelt werden. Die englische Regierung, so heißt es, lege den größten Wert darauf, daß Deutschland sich wieder an den Abrüstungsverhandlungen in Genf beteilige.

Deutschland ist eingeladen worden.

Der englische Geschäftsträger erschien im Berliner Auswärtigen Amt, um der Reichsregierung eine Einladung zu der für London geplanten Fünfmächtekonferenz über die Gleichberechtigungsfrage zu überbringen. Diese Einladung dürfte von deutscher Seite in dem Sinne angenommen worden sein, in dem bereits von unterrichteter Seite zu den Plänen einer solchen Konferenz Stellung genommen worden ist, daß nämlich vorher die Gewißheit bestehen müßte, daß Deutschland nicht einer Einheitsfront gegenübertritt, und der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung auch tatsächlich anerkannt wird.

Herriots angebliche Bedingungen.

Aber das Ergebnis der Unterredung zwischen Herriot und Sir John Simon verlautet in Pariser politischen Kreisen, daß Herriot sich dem Plan MacDonalds nur unter bestimmten Bedingungen habe anschließen wollen. Angeblich verlange er, daß die vorgesehene Konferenz nicht in London, sondern in Genf, das heißt also wenigstens theoretisch im Rahmen des Völkervereinigung stattfinden. Herriot setzte ferner voraus, daß die interessierten kleinen Mächte keinen Einspruch gegen dieses Verfahren erheben und daß schließlich die Vierer- oder Fünferkonferenz nur einen vorbereitenden Charakter haben solle, während der endgültige Beschluß über die Gleichberechtigung dem Völkervereinigung überlassen bleiben müsse. Dem „Matin“ zufolge sollen MacDonald und Simon unter Umständen bereit sein, die Konferenz zu erweitern, und Polen und die Tschechoslowakei einzuladen.